

Die verlorene Rache

Dies ist der Titel des Buches von Rodrigo Rey Rosa, das im letzten Herbst auf deutsch erschienen ist. Rey Rosa gehört zu den jüngeren AutorInnen Guatemalas, die über die Landesgrenze hinaus bekannt sind. Im Oktober 2000 erhielt Rey Rosa für sein Werk *'La orilla africana'* (Das afrikanische Ufer) den guatemalteckischen *'Quetzal de Oro'*, den Preis für das beste Buch des Jahres.

Rey Rosa verliess Guatemala 1979, nicht aus explizit politischen Gründen, wie er selber sagt, doch mit der Idee, nicht mehr zurückzukommen. Er lebte mehrere Jahre in New York und liess sich dann, inspiriert durch seine Freundschaft mit dem Schriftsteller Paul Bowles, in Marroko nieder. 1993 kehrte er nach Guatemala zurück. Heute ist er Mitbesitzer des alternativen Kinos *'La Cupula'* und widmet sich ausschliesslich dem Schreiben.

Peter Schneider hat *'Die verlorene Rache'* gelesen und für die ¡Fijáte!-LeserInnen besprochen. Am 17. Januar 2001 war Rodrigo Rey Rosa zu einer Lesung in Zürich. In diesem Rahmen fand auch das nachfolgende Interview statt.

Kein geringerer als Altmeister Gabriel García Márquez hatte erst kürzlich in einem 450-seitigen Wälzer die letzte Entführungsaktion des kolumbianischen Drogenbosses Pablo Escobar dokumentiert, als 1996 Rodrigo Rey Rosas Kurzroman *'El cojo bueno'* (*'Die verlorene Rache'*) erschien. Diese Entführungsgeschichte aus Guatemala ist jetzt beim Rotpunktverlag auf Deutsch herausgekommen.

Die Konjunktur des Themas entspricht einer gesellschaftlichen Realität, in der ein Verbrechen, das Angst erzeugt, wie dies wohl nur noch Mord, Folter oder Vergewaltigung vermögen, an der Tagesordnung ist. Einen Hauch dieser Angst können wir bei der Lektüre mit einatmen. (Wie die Hauptfigur des Romans, Juan Luis Luna, der mit seiner Familie und Herkunft längst gebrochen hat, gehörten wir ja automatisch zur potenziell bedrohten Oberschicht.)

Um Geld zu beschaffen für den bewaffneten Widerstand liess sich früher auch die URNG Entführungen zu Schulden kommen. Im Jahre des Friedensvertrages schildert Rey Rosa nun ein gemeines Verbrechen ohne jede politische Motivation, ausgeheckt von ein paar elenden Würstchen, die am Ende selbst zu den Verlierern zählen. Die Kritik am Fortdauern der Gewalt spricht aus der Geschichte selbst: Sie braucht nicht artikuliert zu werden.

Für einmal geht es nicht um vertriebene *campesinas* und *campesinos* (Indígenas tauchen höchstens kurz als Dienstmädchen auf): Zwischen den Episoden entsteht das Bild einer verrohten, erstarrten und perspektivlosen urbanen Klassengesellschaft, in der Gewaltbereitschaft und Abgebrühtheit die Gemeinsamkeiten abzugeben scheinen zwischen arm und reich.

In der direkten, schnörkellosen Sprache, die all das lautstark verschweigt, es bloss in hingeworfenen Bemerkungen sowie der Wortwahl der Personen antippt, gerät die Schilderung des Tatherganges des Verbrechens zu einem Stück Prosa von ausserordentlicher Dichte und Intensität, wie sie im weiteren Verlauf des Buches nie mehr ganz erreicht wird.

Doch immerhin beinahe. Und der geschickte Einsatz von Rückblende, Szenenwechsel, Perspektivumkehrung würde jedem Kriminalfilm Ehre machen. Am besten konsumiert sich die Story auch wie ein solcher: In einem Zug.

Bedeutsam, wie im Film, ist auch der szenische Hinter-

grund: Mit sparsamsten Federstrichen entsteht er laufend so detailgetreu, dass, wer manche Örtlichkeiten selber kennt, am liebsten dort verharren und erinnern möchte, während die Handlung unaufhaltsam weiter läuft. Auch wo sie sich vorübergehend ins Ausland verlagert, ist offensichtlich, dass der Autor dort gewesen ist.

Zu sehen sind allerdings kein Atitlán-See und kein Urwald von Tikal: Die verstopften Verkehrsachsen der Hauptstadt, eine verlassene Tankstelle am Rande der Agglomeration, das Provinznest Salcajá - das sind die schäbigen Schauplätze der schäbigen Tat. Der grossartige Ausblick auf die Antigua umrundenden Vulkane ist gerade mal zum Pinkeln gut.

Wie die Konstruktion des Thrillers es verlangt, müssen sich die Wege der Beteiligten wieder kreuzen – und sei es in der Ferne – damit die Täter von Ihrer Vergangenheit wieder eingeholt werden, das Opfer aber diese endlich hinter sich lassen kann. Es ist kaum möglich, hier nicht auch einen Fingerzeig auf die Forderung nach Aufklärung der Verbrechen während des Bürgerkrieges zu erblicken.

Der Roman wurde vor der Einsetzung der beiden Wahrheitskommissionen und vor der Ermordung Erzbischof Gerardis geschrieben. Aber Aufklärung und auch Straflosigkeit waren ja längst heisse Themen, als das Friedensabkommen vom Dezember 1996 noch verhandelt wurde.

Der Weg, den der durch das Verbrechen gezeichnete Juan Luis Luna nach der Konfrontation mit der "Wahrheit" (Die Person mit dem bezeichnenden Decknamen Hasenohr beschönigt immer noch), aus dem Dilemma «Rache oder Vergebung» findet, ist durchaus menschlich. Er dürfte überdies einem besser Gestellten leichter fallen, als einer Mehrheit der Guatemaltekinnen, aber es ist gewiss auch kein versöhnlicher: Abgrundtiefe Verachtung.

pida

Rodrigo Rey Rosa: *'Die verlorene Rache'*; aus dem Spanischen von Erich Hackl, Rotpunktverlag, Zürich 2000, 126 Seiten

Original: *'El cojo bueno'*, Santillana, Madrid, 1996

"Der Krieg hat unsere innere Unruhe zerstört"

Interview mit Rodrigo Rey Rosa

Frage: Weshalb hast du in 'Die verlorene Rache' das Thema Entführung gewählt?

Rodrigo Rey Rosa: Über das Thema Entführung zu schreiben, war für mich unvermeidbar. Ich wuchs in einer Zeit auf, als Entführungen der National-sport Nr. 1. waren. Die einen entführten aus politischen Gründen, die andern aus wirtschaftlichen. Ich habe in meiner Jugend sogar selber davon geträumt, einmal eine Entführung zu machen. Es war wie eine Lotterie, entweder du wirst entführt, oder du entführst.

Frage: Und, hast du oder wurdest du entführt?

RRR: Eine mir nahestehende Person wurde entführt und ich musste die telefonischen Verhandlungen mit den Entführern führen, musste das Geld überbringen und die Person in Empfang nehmen, als sie freigelassen wurde.

Frage: In welcher Zeit, vor welchem politischen Hintergrund spielt der Roman?

RRR: In der Zeit des Waffenstillstandes, kurz vor der Unterzeichnung der Friedensabkommen. Es war eine Zeit, als die Entführungen immer unpolitischer wurden. Die Leute (auf beiden Seiten) hatten kein Geld. Da sie von einer Kultur des Krieges geprägt waren, keine Arbeit und keine Perspektive hatten, was war naheliegender, als sich mit Überfällen und Entführungen durchs Leben zu schlagen?

Frage: Die Hauptperson in deinem Buch stand vor der Wahl, sich zu rächen oder nicht, und hat sich dagegen entschieden. Im heutigen Guatemala ist es eine gesellschaftspolitische Frage, wie man mit der Vergangenheit umgehen will...

RRR: Die beiden Situationen sind nicht miteinander vergleichbar. Das Buch wurde ein Jahr vor der Friedensunterzeichnung geschrieben und ich möchte nicht, dass es als Metapher gelesen wird.

Die Entscheidung eines einzelnen, die Vergangenheit zu vergessen, ist eine individuelle Angelegenheit. Eine ganz Gesellschaft darf sich diesen Luxus nicht erlauben. Die Entführer im Buch sind heute gescheiterte Existenzen. In der Realität

Guatemalas sitzen die Verantwortlichen in der Regierung und üben weiterhin Macht aus. Es wäre ein Fehler, kollektiv den Weg des Vergessens einzuschlagen. Verzeihen ist eine andere Sache, aber zuerst muss offen gelegt werden, was passiert ist.

Frage: Die Begriffe Frieden, Versöhnung, Vergessen sind heute in aller Munde. Wie beurteilst du die Ansätze, mit denen heute in Guatemala die Vergangenheit bewältigt werden soll?

RRR: Der guatemalteckische Frieden ist ein schlecht gemachter Frieden, er ist vielmehr ein Sieg für die Rechte. Damals erhoffte man sich natürlich etwas anderes, aber heute sehe ich es so. Die Abkommen werden nicht eingehalten, im Gegenteil, sie haben immer weniger Gültigkeit. Die extreme Rechte kontrolliert den Kongress und manipuliert die Gesetze nach ihrem Geschmack. In Guatemala findet kein Versöhnungsprozess statt, weil die 'Sieger' überhaupt kein Interesse an einer Versöhnung haben.

Frage: Die Regierung vielleicht nicht, aber die Bevölkerung?

RRR: Wer ist das Volk? Dem Volk gibt man keine Chance zur Versöhnung. Man ist ja nicht einmal soweit gekommen zu sagen: "Wir haben dies und jenes gemacht und ihr habt nun die Möglichkeit, uns zu verzeihen." Ein solches Vorgehen ist in den Friedensabkommen überhaupt nicht vorgesehen.

Frage: Wenn es nicht zu einer Versöhnung kommt, könnte es zur Rache kommen?

RRR: Um sich zu rächen, muss man in einer Machtposition sein. Der revolutionäre Kampf hatte seine Berechtigung, hat sie immer noch. Aber nach all dem was geschehen ist, nach all den nicht bloss verlorenen, sondern verschwendeten Leben, wem kommt es noch in den Sinn, nochmals von vorne zu beginnen? Umso weniger, da heute niemand mehr einen Guerillakrieg finanziert. Und anders als bewaffnet geht es nicht, denn wie willst du die Militärs bestrafen, solange sie im Besitz der Waffen sind?

Frage: Ich habe nicht so sehr an einen bewaffneten Kampf gedacht, sondern

vielmehr an soziale Aufstände.

RRR: Nun, es gibt ja täglich Fälle von Lynchjustiz, aber das hast du wohl nicht gemeint mit sozialem Aufstand? Diese Art von Rache ist direkt gegen die Bevölkerung gerichtet und nicht gegen die Machthabenden. Nein, ich glaube wirklich nicht, dass eine Versöhnung stattfinden kann, solange einer immer noch den Knüppel schwingt.

Frage: So haben denn auch die Wahrheitskommissionen nichts zur Versöhnung beitragen können?

RRR: Doch, bis zu einem gewissen Punkt konnten sie sicher zu einer Beruhigung beitragen, aber nicht Veränderungen auf institutioneller Ebene erreichen. Die Untersuchungen der Wahrheitskommissionen hatten keine Konsequenzen. Es wurden keine Prozesse geführt aufgrund ihrer Ergebnisse, es blieb alles auf der symbolischen Ebene. Die Berichte der Wahrheitskommissionen wurden nicht genügend verbreitet und die Leute wollen sie auch gar nicht lesen. Wer nicht selber Gewalt und Verfolgung erlebt hat, will lieber vergessen.

Frage: Was müsste denn deiner Meinung nach mit den Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen geschehen?

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehn-

täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

RRR: Ich glaube, man müsste im Zusammenhang mit diesen Verbrechen auch den Begriff 'individuelle Schuld' etablieren. Es könnte Prozesse geben, und seien sie auch nur symbolischer Art. Aber damit würde wenigstens klar, wer was gemacht hat. Ich glaube nicht an die Todesstrafe, aber es müsste eine Gegenüberstellung geben, es müssten die Beweggründe untersucht werden, ebenso, wie wer vom ganzen profitiert hat und vor allem müssten die Ergebnisse veröffentlicht werden.

Frage: Willst du mit deinem Buch etwas zum Versöhnungsdialog beitragen?

RRR: Mit diesem Buch? Nein. Ich glaube, dafür gibt es viel bessere Texte, z.B. das REMHI. Was ich geschrieben habe, ist ein Spiel, ich möchte nicht, dass es als Grundlage für eine solch ernsthafte Diskussion herangezogen wird. Die ganze Fragestellung des Buches, wie ein freier Mensch seine Angst überwindet, sich seinem Entführer gegenüberstellt und dann entscheidet, ob er sich rächt oder nicht, ist ein literarisches Problem, kein moralisches. Klar, wer mit einem minimalen Realitätssinn schreibt, übt Sozialkritik, übt politische und moralische Kritik. Dies geschieht auch in der Poesie oder in der Malerei. Auf einem realistischen Bild sieht man genau, was Sache ist, ausser, man verschliesst die Augen. Leider machen das in Guatemala viele unpolitische bzw. rechtswählende Leute. Aber ich habe mir die Sozialkritik definitiv nicht auf die Fahne geschrieben.

Frage: Weshalb bist du nach Guatemala zurückgekommen?

RRR: Aus Neugierde. Viele Leute kamen in dieser Zeit zurück. Ausserdem gefällt mir Guatemala, ich liebe es. Im ersten Moment als ich zurückkam, gefiel es mir, es schien, dass sich etwas veränderte, dass sich Spielräume öffneten. Aber das ist nicht so. In den letzten zwei Jahren hat sich vieles zurückentwickelt. Es wurden wieder die gewalttätigen Umgangsformen der achtziger Jahre aufgenommen, denk nur an die Anschläge auf die MenschenrechtsaktivistInnen oder der Verlauf der Ermittlungen im Fall von Bischof Gerardi. Es ist heute unmöglich, optimistisch zu sein. Im Moment habe ich grosse Lust, wieder zu gehen.

Frage: Heute betreibst du ein alternatives Kino in Guatemala. Glaubst du, mit dem Film mehr Leute erreichen zu können als mit der Literatur?

RRR: Ich glaubte es, aber es ist nicht so. Der Krieg hat auch viel von unserer inneren Unruhe, von unserem Wissensdurst zerstört. In unserem Kino haben wir durchschnittlich fünf ZuschauerInnen pro Tag. Wir haben ein gutes Programm, das ist nicht das Problem. Manchmal haben wir Themen, die eine bestimmte Gruppe ansprechen, aber die Kultur im Allgemeinen interessiert nicht.

Ein Jahr nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen veröffentlichte ich ein Buch über den Krieg (es wird demnächst im Rotpunktverlag auf deutsch erscheinen, die Red.) Die guatemalteken KritikerInnen meinten, das Thema sei überholt, die Zeiten, über den Krieg zu schreiben, seien vorbei, die Leute seien es leid, darüber zu lesen. Und dass ausgerechnet ich, der ich bisher nie über Politik geschrieben hätte, nun ein Buch über den Krieg veröffentliche, sei völlig anachronistisch. Eine solche Kritik ist ein Blödsinn. Ich denke, es wird noch Jahre dauern, bis wir das Vergangene verdaut haben.

Frage: Die Literatur könnte also doch etwas zu diesem 'Verdauungsprozess' beitragen?

RRR: Sie könnte, wenn sie gelesen würde.

Frage: War nicht die KünstlerInnenaktion 'Octubre Azul' auch ein Ausdruck

alternativer Kunst oder alternativen Denkens?

RRR: 'Octubre Azul' war eine sehr elitäre Aktion, und ich will damit nicht sagen, dass ich etwas gegen elitäre Aktionen habe. Doch es war eine Aktion, die sich an der amerikanischen oder deutschen Avantgarde ausrichtete. Ausserdem hat es sich sehr auf das urbane Guatemala beschränkt. Nein, vergiss es, mit dieser Aktion kannst du im Volk nichts bewegen. Ich fand es eine gute Sache, aber man darf sich nicht täuschen und glauben, es stünde eine Massenbewegung dahinter. Auch wenn eine solche Aktion in New York stattfinden würde, stünde keine Massenbewegung dahinter.

Frage: Inwieweit hat die Öffnung, die durch die Unterzeichnung der Friedensverträge stattgefunden hat, auch das kulturelle Schaffen in Guatemala beeinflusst?

RRR: Sehr stark. Es wurde extrem viel veröffentlicht, vor allem ZeugInnenberichte über den Krieg, aber auch Poesie. Nach fünfzehn Jahren des verlegerischen Schweigens sind in kurzer Zeit etwa zwanzig Verlage gegründet worden. Und ich muss zugeben, dass der Freiraum, den wir so gewonnen haben, noch nicht wieder verloren gegangen ist. Aber es ist ein zerbrechlicher Freiraum, der erneut bedroht ist.

Filóchofo entlassen

Guatemala, 15. Januar. Die Tageszeitung *Siglo XXI* entliess ihren besten und bekanntesten Karikaturisten, José Manuel Chacón, alias Filóchofo.

Die Entlassung ist laut *Cooperación de Noticias*, Besitzerin der Tageszeitung, die logische Folge einer internen Restrukturierung. Diese Einschätzung teilt auch Filóchofo: Der ehemalige Direktor habe ihn, nachdem die Mehrheit der Aktien nach Costa Rica verkauft wurden, darauf hingewiesen, dass 'diesen Leute' seine Karikaturen nicht passten.

Filóchofo nahm nie ein Blatt vor den Mund: Er war einer der ersten, der sich traute, Karikaturen von Ríos Montt zu zeichnen. Als sich dieser dem Kinderschutzgesetz widersetzte, erschien er in Filóchofos Zeichnungen mit Fledermausflügeln und Vampirzähnen. Dem letzten Präsidenten, Alvaro Arzu, setzte er in seinen Zeichnungen den Erobererhelm der Spanier auf, wegen seiner Arroganz gegenüber der Presse. Und den Ex-Präsidenten Vinicio Cerezo charakterisierte er, indem er ihn seine Yacht mit dem sinnigen Namen *Odisee* hinter sich herziehen liess, symbolisch für seine richtungslose Regierungsführung.

Während für den Zeichner selber die Entlassung eine logische Konsequenz seines politischen und sozialkritischen Engagements ist, sehen MenschenrechtsaktivistInnen darin eine Verletzung des Rechts auf Meinungsäusserung. Laut dem Gründer der StudentInnenzeitschrift *'No nos tientes'*, José Barnoya, sind es "die apokalyptischen Kräfte der Globalisierung, der intolerante Neoliberalismus, der verheerende Kapitalismus, die mit scharfen Scheren von der oberen Ecke her die Karikatur, den Spiegel der Strafflosigkeit, der Repression und der Korruption, zerschneiden.

Filóchofo hat seine Künste auch der Umweltorganisation *Madre Selva* zur Verfügung gestellt. Darin mag ein weiterer Grund für seine Entlassung liegen: Via Aktien und Werbung hat die Ölmafia einen grossen Einfluss auf die politische Ausrichtung des *Siglo XXI*.

Korruption, wo man hinschaut

Baja Verapaz/ Petén, 17. Januar.

Der staatliche Rechnungsprüfer, Marco Tulio Abadío, äusserte sich kürzlich besorgt über die weit verbreitete Korruption auf Regierungsebene. Zum Teil sei die Korruption bereits institutionalisiert, meinte er. "Es ist ein offenes Geheimnis, dass gewisse Funktionäre bei der Vergabe eines Auftrags zwischen 20% und 25% 'Provision' in die eigene Tasche stecken". Schwierig sei, dass man die Korruption fast niemandem nachweisen und entsprechend wenig dagegen unternehmen könne, bedauerte Abadío.

Auf Gemeindeebene sind die Fälle von Korruption nicht geringer als auf Staatsebene. Anzeigen nützen aber auch da nicht viel, verlaufen im Sande oder nehmen unverhoffte Wendungen. Die BürgerInnen sind immer öfter bereit, die Sache selber in die Hand zu nehmen.

Die Ereignisse in den Gemeinden Purulhá, Baja Verapaz, und Flores, Petén, sind exemplarisch für den Korruptionsfilz, wie er im ganzen Land verbreitet ist:

Im Juli 2000 führte das Komitee zur *Verteidigung der BürgerInneninteressen* in Purulhá eine friedliche Demonstration durch und forderte die Einberufung einer offenen Versammlung. Es forderte vom Bürgermeister, Sebastián Castro, Auskunft über die Handhabung der Gemeindegelder. Das Komitee ging von einem unterschlagenen Betrag von rund 2 Millionen Quetzales (250'000 US-\$) aus. Castro übt bereits seine zweite Amtszeit für die *Partei des nationalen Fortschritts* (PAN) aus, doch das BürgerInnenkomitee bezeichnet seine Wiederwahl als Betrug. Die geforderte Versammlung fand nicht statt, hingegen wurde gegen die 250 Personen, die an der Demonstration teilnahmen, ein Verfahren wegen Diebstahl, Beschädigung und Bedrohung eingeleitet.

Bereits im März 2001 führte der staatliche Rechnungsprüfer eine Kontrolle der Gemeindefinanzen von Purulhá durch. Auf Druck der *Stiftung für de-*

mokratische Einflussnahme (Incid) wurden im Oktober die Ergebnisse der Untersuchung bekanntgemacht. Der Verdacht des BürgerInnenkomitees bestätigte sich, und es reichte bei der Staatsanwaltschaft Klage gegen den Bürgermeister ein.

Nun gab Cristobal Alí, Vertreter der *Allianz Neue Nation* (ANN), im purulháer Gemeinderat bekannt, dass der Gemeindepräsident trotz der Anschuldigungen, die gegen ihn laufen, beim *Friedensfonds* (FONAPAZ) für den Bau eines neuen Gemeindehauses ein Darlehen von 4 Millionen Quetzales beantragt (und erhalten) habe. Das Darlehen habe eine Laufzeit von 18 Jahren, die Kosten für seine Rückzahlung würden der Gemeinde auferlegt. Die Folge dieser Bekanntmachung war, dass Alí durch den restlichen Gemeinderat (mehrheitlich Mitglieder der PAN) von seinen Funktionen ausgeschlossen wurde. Die Sitzungen finden nun nachts statt und Alí wird nicht mehr dazu eingeladen.

Jetzt mischte sich auch die URNG ein. Der Departementssekretär der Partei, Carlos Esquivel, rief den Gemeinderat von Purulhá zur Vernunft auf. Alí sei vom Volk gewählt worden, was ihm das Recht gäbe, an den Aktivitäten des Gemeinderates teilzunehmen. Die Antwort von Gemeindepräsident Castro war, der Fall Alí sei ein Präzedenzfall, damit andere Gemeinderäte nicht auch auf die Idee kämen, ratsinterne Angelegenheiten öffentlich auszulaudern.

Die Vorgeschichte im Fall von Flores, Petén, ist ähnlich: Mitglieder des Gemeinderates bezichtigen den Bürgermeister, Edy Amílcar Munguía Leva, der Korruption. Eine Rechnungsprüfung wurde zwar durchgeführt, doch konnten 'keine Unregelmässigkeiten festgestellt' werden. Die Eskalation der Geschichte soll aufgezeichnet werden anhand eines Briefes, den ein Mitarbeiter des *Zentrums für partizipative Erziehung und Forschung* (CIEP) geschrieben hat:

"Es handelte sich um einen durch den Bürgermeister organisierten Versuch von Lynchjustiz. Er mietete Busse und fuhr Leute nach Flores mit der Begründung, fünf Mitglieder der Gemeindeverwaltung hinderten ihn am Arbeiten (weil er auch die Projekte in den Gemeinden nicht habe ausführen können). Dabei wurde er von einer Mitarbeiterin des Gemeinderats unterstützt, die bei der *spanischen Entwicklungszusammenarbeit* (*Cooperación Española*) arbeitet, welche sich übrigens nie zum Fall äusserte. Die fünf Mitglieder des Gemeinderates (1 von der ANN, 1 von einem BürgerInnenkomitee, 1 von der PAN und 2 von der FRG) versuchten, mit den Leuten zu sprechen, doch diese wurden durch den Bürgermeister und seine Helferin zur Lynchjustiz angestachelt. All dies ist auf einem Videoband festgehalten. Die Leute begannen, Steine zu werfen. Die fünf mussten auf dem Polizeiposten Zuflucht suchen. Sie wollten über den Damm aus Flores fliehen, doch die Menschenmenge versperrte ihnen den Weg. So blieb ihnen nichts anderes übrig als (mit Hilfe der Polizei) mit einem Boot nach San José überzusetzen.

Diese ganzen Ereignisse sind die Folge eines Prozesses wegen Korruption, den die fünf Gemeinderäte gegen den Bürgermeister angestrebt haben. Nun wurde der Bürgermeister vom Gericht tatsächlich vorübergehend aus seinem Amt suspendiert und der erste Gemeinderat hat stellvertretend sein Amt übernommen. Das Ziel der fünf Gemeinderäte ist, der Bevölkerung zu zeigen, dass '*sí se puede*' (doch, man kann!).

Die interimistische Gemeindeführung erhält viel Unterstützung aus der Bevölkerung und von den Gemeindegestellten. Eine Sympathie, die bereits vorher vorhanden war, jedoch aus Angst vor Repression seitens des Bürgermeisters nicht ausgedrückt wurde. Ebenso ging die Unterstützung lokaler Unternehmer sowie der (bestochenen) Medien zurück.

Gaspar Ilom in die Begleitkommission gewählt

Guatemala, 13. Januar. Ende November hatte der *Parteivorstand* der URNG (CEN) den des Kindsmissbrauchs angeklagten Arnoldo Noriega seiner politischen Repräsentationsfunktionen enthoben. An der Sitzung des CEN vom 6. Januar 2001 wurden seine Nachfolger als Vertreter der URNG bei der *Begleitkommission zur Umsetzung der Friedensabkommen* (CAAP) sowie als Verantwortlicher für internationale Bezie-

hungen bestimmt. Als Noriegas Nachfolger in der Begleitkommission wurde Rodrigo Asturias Amado alias *Comandante Gaspar Ilom* gewählt. Asturias wurde kurz vor Unterzeichnung des definitiven Friedensabkommens von der URNG aus den Verhandlungen gezogen, da er beschuldigt wurde, in den Entführungsfall Olga de Novella verwickelt zu sein. (Die Familie de Novella stellte 1997 sämtliche Klagen gegen Asturias ein.)

Die Ernennung Asturias wird von vielen AnalytikerInnen begrüsst und es scheint, dass *Gaspar Ilom* damit innerhalb der URNG rehabilitiert ist.

Als Verantwortlicher für internationale Beziehungen wurde Wilson Romero gewählt. Wilson wurde auch zum Koordinator der Organisation des 10. Treffens des *Foro de Sao Paolo* ernannt, das vom 20. bis 23. Juni in Guatemala stattfindet.

Menschenrechtsorganisationen ohne Finanzen

Guatemala, 15. Januar. Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft an die guatemalteken Menschenrechtsorganisationen hat seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen stark abgenommen. Entweder wird sie in sog. Friedenszeiten als nicht mehr notwendig erachtet, oder die finanzielle Unterstützung geht heute direkt an den Staat.

Dies hat zur Folge, dass verschiedene Organisationen vom Konkurs bedroht sind oder ihre Aktivitäten einschränken müssen.

Die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) verfügt nur noch über ein Drittel der Finanzen von früher, weshalb sie

sich gezwungen sah, ihre Aktivitäten in den Bereichen Rechtshilfe, psychosoziale Gesundheit und Exhumierungen einzuschränken, informierte Mario Polanco.

Die *Koordinationsstelle für Menschenrechtsorganisationen Guatemalas* (CONADEHGUA), musste ihr Personal um 50% reduzieren. Dies hat die Arbeit der Organisation sehr eingeschränkt, vor allem in ländlichen Gebieten mussten Projekte eingestellt werden.

Für die *Familienangehörigen der Verschwundenen Guatemalas* (FAMDEGUA) sieht die Lage nicht besser aus. Die internationale Organisation, die sie bisher unterstützte, hat für das Jahr 2001

ihre Hilfe zurückgezogen. Das Personal von FAMDEGUA arbeitet nun freiwillig, sagte Miguel Angel Albizures. Die Krise von FAMDEGUA verschärfte sich mit dem Überfall auf ihr Büro, bei dem Computer und Büroinventar gestohlen wurde.

Einzig die Witwenorganisation CONAVIGUA hat die Krise vorausgesehen. Würde sie einzig von internationalen Geldern abhängig sein, wäre sie schon längst Konkurs gegangen, meinte Rosalina Tuyuc. Die Organisation kann überleben dank den Einnahmen einer Handarbeitskooperative indigener Frauen, welche CONAVIGUA vorsorglich aufgebaut hat.

Vom Umgang mit Naturkatastrophen

Guatemala, 20. Januar. Die Bilder und Berichte, die uns in den letzten Tagen aus El Salvador erreicht haben, sind schlicht schrecklich, trotzdem lassen sie das Ausmass der Tragödie bloss erahnen. Doch die eigentliche Katastrophe ist der Zynismus, mit dem die Regierung El Salvadors auf das Erdbeben reagierte:

"Die Regierung von Präsident Francisco Flores übertrug die zentralen Aufgaben der Nothilfe ausgerechnet den Unternehmerverbänden und inszeniert vor den Medien Aktivismus. Die Organisation der Notunterkünfte, die Suche nach den Verschütteten, die Überlebenshilfe in Santa Tecla wird indes vom FMLN-Gemeinderat zusammen mit sozialen und kirchlichen Organisationen geleistet. Und es ist die Bevölkerung, die das Nötige tut und Not lindert, nicht die Regierung. Die Soldaten sind vorwiegend mit der Aufrechterhaltung der 'öffentlichen Ruhe und Ordnung' beschäftigt" (WoZ 3/18. Januar 2001).

Auch in Guatemala bebte es. Obwohl die Schäden viel geringer sind als in El Salvador, war es für Guatemala das stärkste Erdbeben seit 1976, bei dem rund 22'000 Menschen ums Leben kamen.

Santa Rosa, Jutiapa und Chiquimula sind die Departemente, die dem Epizentrum des Bebens, das an der Pazifikküste El Salvadors lag, am nächsten sind. Laut offiziellen Angaben des *Instituts für Seismologie, Vulkanausbrüche und Wetterkunde* (INSIVUMEH) wurden in dieser Region 31 Häuser zerstört. Insgesamt soll es sechs Todesopfer gegeben haben, vier davon jedoch in Totonicapán. In Sololá wurde das Spital beschädigt.

Etwas anders tönt eine Meldung der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM): "Das Erdbeben, das am 13. Januar El Salvador erschütterte, hat auch viele guatemalteken Grenzöfcher getroffen. Unter anderem das Dorf La Perla, Jutiapa, wo die Häuser von achtzig Familien,

die meisten davon Mitglieder der GAM, zerstört wurden."

Die guatemalteken Regierung rief oberste Alarmstufe aus. Seit dem Beben wurden 100 schwächere Nachbeben gemessen, in den nächsten Wochen werden weitere erwartet.

Der *Zusammenschluss der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA) solidarisierte sich mit den Betroffenen des Erdbebens in El Salvador. William Mazariegos, Koordinator der Organisation, sprach Klartext: "Kein Land ist vor Naturkatastrophen sicher. Aber wenn eine solche in Zentralamerika passiert, kommt all das zum Vorschein, was die Regierungen in ihren Berichten gegenüber der internationalen Gemeinschaft verschweigen".

In diesen Tagen findet das internationale Gebertreffen in Madrid statt, wo einmal mehr tunlichst nicht über die mangelnde oder falsche Sozial-, Wirtschafts- und Agrarpolitik der zentralamerikanischen Staaten gesprochen wird.

Erneuter Wechsel in der Militärführung

Guatemala, 8. Januar. Präsident Portillo begann sein zweites Amtsjahr mit dem Auswechseln von Verteidigungsminister Juan de Dios Estrada Velásquez durch den General Eduardo Arévalo Lacs. Trotz der traditionellen Begründung, es handle sich dabei um einen 'Routinewechsel', geht es wohl eher darum, dass sich Portillo seine Macht über die militärischen Führungskräfte sichern will, indem er einen Jugendfreund als Verteidigungsminister einsetzt. Aus anonymen Militärkreisen hiess es, Portillo könne nicht mehr auf die absolute Loyalität von Estrada Velásquez zählen.

Arévalo Lacs erhielt erst im Juni 2000 den Titel eines Generals, acht Wochen nachdem er zum Chef des *Generalstabs der Armee* (EMDN) ernannt wurde. Seine Militärkarriere machte er als Ausbilder der *Kaibiles*, als Chef des *präsidialen Generalstabs* (EMP) und als Kommandant verschiedener Kasernen. Gegenüber der von Menschenrechtsorganisationen geäusserten Kritik bezüglich seiner Vergangenheit, meinte der neue Verteidigungsminister: "Alles was ich gemacht habe, habe ich als Soldat im Dienste des Vaterlandes getan".

Arévalo Lacs ist aber nicht nur der

Jugendfreund Portillos, sondern auch ein persönlicher Feind von Ríos Montt, der ihn für den Tod seines Sohns verantwortlich macht. Homero Ríos Sosa kam im Rahmen einer Militäroffensive gegen die Guerilla im Petén bei einem Helikopterabsturz ums Leben. Ausserdem gehörte Arévalo Lacs der Gruppe Militärs an, die am 8. August 1983 die Regierung Ríos Montt's stürzte.

Zum Nachfolger von Arévalo Lacs im *Generalstab der Armee* wurde der ríos-montt-treue Alvaro Leonel Méndez Estrada ernannt, womit die Waage wieder im Gleichgewicht ist...

Immer mehr Länder verbieten Adoptionen aus Guatemala

Guatemala, 11. Jan. Die Unfähigkeit des guatemaltekischen Kongresses, ein Adoptionsgesetz auszuarbeiten, das den Schutz der Kinder garantiert, führte dazu, dass immer mehr Länder die Adoption guatemaltekischer Kinder verbieten bzw. stark einschränken.

In den letzten Jahren wurden vermehrt Fälle von Unregelmäßigkeiten bei Adoptionsverfahren bekannt. Von den im Jahr 2000 durchgeführten 2205 Adoptionen, gingen 98% der Kinder ins Ausland (72% in die USA, 10% nach Frankreich).

Die meisten Adoptionen werden 'privat' durchgeführt, das heisst, es wird ein Abkommen getroffen zwischen den biologischen Eltern (meistens einer alleinstehenden Mutter) und den Adoptiveltern. In den meisten Fällen übernimmt ein Anwalt oder eine Anwältin die Vermittlerfunktion. Die AnwälteInnen kassieren zwischen 15'000 und 20'000 US-\$, womit sich die Kinder zu einem der lukrativsten sog. nicht-traditionellen Exportgut Guatemalas entwickeln.

Aufgrund einer Untersuchung, die der *Generalprokurator der Nation* zusammen mit der Kinderschutzorganisation *Casa Alianza* und deren nordamerikanischen Partnerorganisation *Covenant House* durchgeführt hatte,

wurden gegen 18 AnwältInnen Klage eingereicht wegen Unterstützung illegaler Adoptionen, unter anderem gegen die Frau des damaligen Präsidenten des Obersten Gerichtshofes.

Nun haben auch die Regierungen verschiedener Länder reagiert: Irland zum Beispiel verlangt DNS-Proben von den adoptierten guatemaltekischen Kindern und deren biologischen Müttern. Damit soll verhindert werden, dass irgendeine Frau das Kind zur Adoption freigibt, ohne Einverständnis der biologischen Mutter. Kanada, die USA und Grossbritannien verlangen seit längerem DNS-Proben.

Island hat die Adoption guatemaltekischer Kinder ganz verboten; die Provinz Navarra, Spanien, hat sie vorläufig eingestellt. Schweden verringerte die Anzahl guatemaltekischer Adoptionen stark, seit 1998 der Bericht der UNO-Sonderbeauftragten zu Kinderhandel in Guatemala veröffentlicht wurde.

In Kanada, wo das Adoptionsgesetz nach Provinzen geregelt ist, lässt die Provinz Ontario keine Adoptionen mehr zu, die durch guatemaltekische AnwältInnen vermittelt werden. Es dürfen nur noch Kinder nach Ontario adoptiert werden, die durch ein Gerichtsverfahren zur Adoption freigegeben wurden.

Seit mehr als zehn Jahren werden im guatemaltekischen Kongress - in dem viele AnwältInnen sitzen - Vorschläge zu einem Adoptionsgesetz diskutiert. Bisher konnte kein solches Gesetz verabschiedet werden. Ebenso wenig hat Guatemala die internationale *Konvention über Kinderadoption* ratifiziert.

Die ANN-Abgeordnete Nineth Montenegro, Vorsitzende der *Kommission für Frauen-, Kinder- und Familienangelegenheiten*, legte letztes Jahr einen Vorschlag für ein Adoptionsgesetz vor. Damit soll geregelt werden, dass Adoptionen nur noch durch Gerichte und nicht durch AnwältInnen ausgeführt werden dürfen. Ausserdem sollen guatemaltekische Adoptiveltern gegenüber internationalen Adoptiveltern bevorzugt werden. Weiter fordert Montenegro obligatorische DNS-Proben und ein nationales Adoptionsregister, das dem *Obersten Gerichtshof* unterstellt ist.

Montenegro befürchtet, dass ihr Gesetzesvorschlag keine Chance zur Annahme hat. Die FRG besetzt im Kongress die Mehrheit, ausserdem hat die FRG selber einen Gesetzesentwurf eingereicht. Dieser ist sehr freizügig und will die Einmischung der Gerichte in Adoptionsverfahren verhindern, erklärte Montenegro.

Regierung entschädigt Eltern von ermordeten Strassenkindern

Guatemala, 10. Januar. Nach zehn Jahren intensiver Bemühungen erreichte *Casa Alianza*, dass die Familienangehörigen von Strassenkindern, die durch guatemaltekische Polizeikräfte ermordet wurden, vom Staat eine Entschädigung bekamen.

An einer von der Presse als 'historisch' bezeichneten Veranstaltung im 'Haus der Versöhnung' anerkannte der Präsident der *staatlichen Menschenrechtskommission* (COPREDEH) die Verantwortung des Staates bei Menschenrechtsverletzungen von Kindern. Das ehemalige Strassenkind Juan José Méndez Toc, das den Mordversuch überlebte, sowie die Eltern von Marcos Fidel Quisquinay Conua und Sergio Miguel Fuente Chávez, die beide umkamen, erhielten eine finanzielle Entschädigung.

Juan José Méndez und ein anderes Strassenkind wurden im Jahre 1990 von mehreren Privatpolizisten 'verhaftet' und in den Keller eines Einkaufszentrums geschleppt, wo sie von

den Wachhunden der Polizisten beinahe zu Tode gebissen wurden. Trotz Haftbefehlen wurden die Privatpolizisten nie verhaftet und es wurde keine Verfahren gegen sie geführt.

Sergio Miguel Fuentes wurde 1994 von einem durch die Gemeindeverwaltung der Hauptstadt angestellten Privatpolizisten durch einem Kopfschuss umgebracht. Auch in diesem Fall wurde nie ein Verfahren geführt.

Ebenfalls 1994 wurde Marcos Fidel Quisquinay Conua umgebracht. Er bettelte vor einer Filiale der Fast-Food-Kette *Pollo Campero*, als er von zwei Männern ein Paket erhielt, das vermeintlicherweise Essen enthielt. Als er das Paket öffnete, stellte sich heraus, dass es eine Splitterbombe enthielt, welche das Kind sofort tötete. (In Guatemala dürfen einzig Militärangehörige mit Splitterbomben hantieren.) Auch in diesem Fall gab es nie Zeugeneinvernahmen, das Dossier des Falls enthält lediglich sechs Seiten.

Casa Alianza und das *Zentrum*

für Gerechtigkeit und internationales Recht (CEJIL) reichten in den drei Fällen Klage vor dem *Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte* (CIDH) ein. Im letzten Herbst anerkannte Präsident Portillo in allen drei Fällen die Verantwortung des Staates und erklärte sich bereit, eine finanzielle Entschädigung zu leisten.

Casa Alianza und CEJIL forderten nebst der finanziellen Entschädigung die Umsetzung eines nationalen Planes zum Schutz der Strassenkinder sowie eine Sensibilisierungskampagne innerhalb der Bevölkerung zu diesem Problem. Weiter fordern sie die Verabschiedung eines Kinderschutzgesetzes, das die Einhaltung der Menschenrechte der Kinder garantiert.

Das Rechtshilfebüro von *Casa Alinaza* hat insgesamt 400 Fälle bei den guatemaltekischen Gerichten hängig. Einige davon richten sich gegen den guatemaltekischen Staat wegen Verletzung der Rechte von Strassenkindern.